

# RUNDBRIEF

Bündnis 90 / Die Grünen  
Ortsverband Ronnenberg

Ausgabe 2/2008



## »Wer eine funktionierende Region will, muss sich dazu bekennen!«

Die Landesregierung war es, die Veränderungen beim Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (N FAG) mit einem Federstrich durchgesetzt hat. Die Einführung eines sogenannten Flächenfaktors beim kommunalen Finanzausgleich kostet die Region Hannover nach Modellrechnungen des Landesamtes für Statistik jährlich rund 30 Millionen Euro.

Zudem schlagen die um 24 Millionen angestiegenen Sozialkosten erheblich zu Buche. Unter anderem deshalb weil viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Lohnbedingungen arbeiten müssen, die man nur als sittenwidrig bezeichnen kann. Diese Menschen beziehen dann als sogenannte »Aufstocker« zusätzlich Hartz IV. Eine Folge der unsozialen Politik in Berlin.

Dass ausgerechnet der Bürgermeister von Isernhagen, Arpad Bogya (CDU) sich von der Region »verklapst« fühlt verwundert angesichts der Tatsachen schon. Anstatt als Region an einem Strang zu ziehen und hier öffentlich endlich Druck gegenüber der Landesregierung aufzubauen, »wachsen« wieder einmal die »Kirchtürme« in den Regionshimmel.

Wir Grüne in Ronnenberg unterstützen daher die grüne Regionsfraktion in ihrem Bemühen nach einem ausgeglichenen Haushalt.

Serdar Saris, Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Regionsversammlung, sieht die Ziele für die Verabschiedung des Haushaltes 2009 klar abgesteckt. »Zum einen müssen wir in

der Region sparen wo es nur irgendwie geht, zum anderen muss allen klar sein, dass die Region eine Solidargemeinschaft aus 21 Kommunen ist«, so Saris. Damit macht Saris deutlich, worum es in den nächsten Wochen und Monaten bei der Bewältigung der finanziell prekären Lage der Region gehen muss. »Wir werden als Regionspolitikerinnen und -politiker Leistungen zurückschrauben, die essentielle Einschnitte für die Menschen in der Region bedeuten. Klar ist jedoch auch, dass wir die Region Hannover nicht kaputt sparen können.«

Aus Sicht von Saris kann die Region ohne die tatkräftige Unterstützung der regionsangehörigen Kommunen das Ziel keine Neuverschuldung nicht erreichen.

»Welche Soziallasten die Region allein ohne ausreichende Gegenfinanzierung stemmt, wissen die Bürgermeister genau so gut wie wir«, so Saris weiter. Vorwürfen, die Region könne nicht mit Geld umgehen begegnet Saris fassungslos, denn seit ihrer Gründung spart die Region gegen äußere Einflüsse (siehe oben) an und schafft es gleichzeitig erstklassige Servicedienstleistungen im ÖPNV, in der Abfallwirtschaft, im Gesundheitswesen, im Tourismus oder bei der Wirtschaftsförderung bereit zu stellen.

»Wer eine funktionierende Region will, muss sich dazu bekennen. Wir tun das!« so Saris abschließend.

*Andreas Beichler, Grüne Ronnenberg*

## Einladung zur OV am 25. September 2008

Liebe grüne Ronnenbergerinnen sowie alle Sympathisantinnen und Sympathisanten, vor einiger Zeit haben wir uns darauf verständigt, dass in den OVs nicht nur kommunale, sondern auch bundespolitische oder auch globale Themen erörtert werden sollen. Uns liegt nun ein besonders brisantes Thema am Herzen, das wir in der nächsten Ortsversammlung (OV) behandeln wollen: Unser Mitglied Hans-Jürgen Pein wird über »Nachwachsende Rohstoffe« referieren und die darin bestehende Problematik aufzeigen. Dabei wird er die Notwendigkeit einer Korrektur der Bioenergiepolitik durch die Bundesregierung begründen. Viele Umweltverbände haben in einem offenen Brief an die Minister Gabriel und Seehofer die »Roadmap Biokraftstoffe« kritisiert.

Wir als Grüne sollten hier besonders aufmerken, da es sich um eines unserer Kernthemen handelt. Wir laden euch und auch Mitglieder des Regionsvorstands bzw. der Regionsfraktion zu dieser erweiterten Ortsversammlung (OV) ein, und zwar am

**Donnerstag, den 25. September 2008 um 20:00 Uhr  
in den Roten Faden in Empelde,**

Nenndorfer Straße, gleich neben der Volksbank.

Da das Thema sehr brisant und von großer Bedeutung ist, wird es keine übliche Tagesordnung geben. Nach der Begrüßung wollen wir gleich in die Problematik einsteigen und am Schluss lediglich noch den Punkt Verschiedenes behandeln. (Siehe auch S. 5)

*Regina Lupp, Vorstand Grüne Ronnenberg*



# Wollen Sie wirklich höhere Müllgebühren?

**Von Ulrich Schmersow, umwelt-politischer Sprecher der grünen Regionsfraktion.**

Einige Ronnenberger wollen mehr zahlen, denn Sie haben die Remondis-Alt-papier-Tonne auf ihr Grundstück gezogen. Sie freuen sich über den angeblich kostenlosen Service, sind sich aber über die Nebenwirkungen nicht im Klaren.

Seit einiger Zeit ist der Preis für Altpapier und Pappe, wie bei anderen Rohstoffen auch, stark angestiegen. Die Entsorger können mit dem Einsammeln des Recyclingstoffes richtig Gewinn machen. Es ist gut, dass dieses Gut seinen Wert hat, wiederverwendet wird und nicht auf dem Müll landet. Schlecht ist allerdings, dass private Entsorger, weil gute Gewinne winken, dort sammeln, wo kommunale

Entsorger über Jahre gut funktionierende Strukturen eingerichtet haben. Die Kommunen müssen diese auch dann erhalten, wenn die Preise für Pappe und Papier wieder im Keller sind. Die Privaten sind dann wieder weg, wie es vor Jahren in Hannover passierte.

Der Altpapiermarkt hat zur Zeit in der Region Hannover ein Gewinnvolumen von ca. 6,5 Mio. Euro im Jahr. Mit diesem in den letzten Jahren steigenden Gewinn hat unser kommunaler Entsorger aha Defizite an anderer Stelle ausgeglichen und die Gebühren stabil halten können.

Anders als die Privaten dürfen die kommunalen Entsorger nur Kosten deckend arbeiten, länger anhaltende Gewinne sind nicht erlaubt. Diese müssen mit Gebührensenkungen an die BürgerInnen zurückgegeben werden.

Fehlen die Einnahmen aus Altpapier und Pappe teilweise oder ganz, ist mit einer Gebührenerhöhung von ca. 9 % zu rechnen (Region Hannover). Für diese Gewinne von Remondis, Alba, Pape und wie sie alle heißen, zahlen Sie drauf! Das wollen Sie nicht? Dann stellen Sie die Remondis-Tonne wieder auf die Straße zum Abholen zurück.

Nutzen Sie die kostenlosen Papiercontainer in den Stadtteilen, die Wertstoffhöfe wie z. B. in Ronnenberg, die Wertstoffsäcke oder bestellen Sie eine wirklich kostenlose Tonne von aha unter der Telefonnummer 0800-999 11 99.

Tragen auch Sie dazu bei, dass die »Rosinenpickerei« von Remondis und Co. dann ein Ende hat.

## »Amphibienleiteinrichtung«: Was für ein Wort?!

**Von Ulrich Schmersow, Leiter des Projektes**

Etliche werden sich gewundert haben, was da zu Beginn des Jahres an der Lenthaler Chaussee gebaut wurde. Es sind nicht die sonst üblichen Leitplanken für Autos, sondern Leitbleche für Frösche, Kröten und Molche. Diese „Amphibienleiteinrichtung“ ist auf beiden Seiten der Straße 550 Meter lang und auf halber Strecke mit einem Tunnel verbunden. Sie hält die Tiere vom Überqueren der stark befahrenen Straße ab und leitet sie zum Tunnel.

Gebaut von im Bundesgebiet tätigen Firmen aus dem Westerwald und bayrischen Wald, hat die Anlage aus verzinktem Stahl, Beton und Erdreich ca. 160.000 Euro gekostet - warum das Ganze? Der nördliche Benthaler Berg mit seinem Vorland zur Fösse hin gehört mit zu den wertvollsten Lebensräumen für Amphibien in der Region Hannover. Hier fühlen sich Erdkröte, Gras-, Teich- und Laubfrosch, Teich- und Bergmolch zu Hause. Laubfrosch und Kammmolch sind wegen

ihrer Seltenheit die besonders wertvollen Besonderheiten. Der Wechsel von Wald, Wiesen und Weiden, Hecken und den vielen Kleingewässern macht den besonderen Wert dieser Landschaft um Benthe, Lenthe und Badenstedt aus.

Nun leben die Amphibien nicht immer an Ort und Stelle, sondern wandern im Laufe des Jahres vom Sommerlebensraum zum Überwinterungsgebiet und im zeitigen Frühjahr zu den Laichgewässern. Dabei werden Straßen und Wege mehrfach überquert. Gerade auf der Lenthaler Chaussee, aber auch auf dem Realverbandsweg von Benthe zum Jägerheim wurden jedes Jahr Hunderte dieser Tiere überfahren. Um dieses Töten zu beenden, wird jedes Jahr zur Wanderzeit der Realverbandsweg vom Bauhof gesperrt. Entlang der Lenthaler Chaussee haben ehrenamtliche Naturschützer seit den 80er Jahren einen provisorischen Krötenzaun betreut.

Um den Schutz zu optimieren und auf Dauer eine funktionierende Lösung zu erhalten, konnte der Wunsch von der Naturschutzbehörde der Region, der Stadt



FOTO: BEICHLER

*Die Leitbleche am Straßenrand halten die Amphibien vom Überqueren der stark befahrenen Straße ab und leiten sie zu diesem Tunnel.*

Hannover und dem BUND mit Hilfe von Bingo-Lotto-Mitteln endlich verwirklicht werden. Wir freuen uns, dass für den Naturschutz am Benthaler Berg dieser Erfolg erreicht wurde.



# »Vermaisung« und sonstige Änderungen in der Agrarlandschaft

**Von Friedrich Maage, Benthler  
Bioland-Landwirt**

Wohin man auch schaut – immer häufiger finden wir in unserer Region riesige Maisanbauflächen. Wenn man nach den Ursachen für die Veränderung auf den Feldern im Calenberger Land sucht, muss man eigentlich erst mal wissen, wie Agrarpolitik funktioniert. Denn es sind Auswirkungen politischer Entscheidungen.

Der Grund für das scheinbar planlose Hin und Her in der Agrarpolitik ist die volkswirtschaftliche Ausrichtung, billige Nahrungsmittel fürs Volk haben zu wollen. Essen muss der Mensch. Wenn Essen aber teuer ist, hat der Mensch kein Geld für andere Dinge, die er vielleicht nicht so dringend braucht. In diesem Zusammenhang ist es der EU gelungen, von sehr wenigen Menschen ein Überangebot an Nahrung erzeugen zu lassen.

Allerdings spielt da mit hinein, dass die EU der größte Nahrungsmittelimporteur der Welt ist (v. a. Soja aus Brasilien/Argentinien und Palmölprodukte aus Indonesien/Philippinen zur Tiermästung/Milcherzeugung) und entscheidend zu Vernichtung von Regenwald, Ausbreitung

von Hunger und Entwurzelung von Bauern beiträgt, denen in ihren Heimatländern durch subventionierte Nahrungsmittelimporte aus der EU (Fleisch, Wurst, Käse, aber auch Zucker und Getreide) und aus den USA wiederum die Existenzgrundlage entzogen wird. Sehr empfehlenswerten Anschauungsunterricht hierzu bietet der Film »We feed the World«.

Also hat die EU seit 1968 Mengenerzeugung massiv gefördert. Die Frage nach den Mitteln und welche Folgen die Intensivierung der Landwirtschaft hat, wurde erstmal nicht gestellt. Oder die, die diese Fragen stellten, wurden lange Zeit belächelt. Erfolgreich sind in diesem System Bauern, die es geschafft haben, immer weiter zu wachsen. Das ging fast zwangsläufig einher mit immer größerer Spezialisierung.

Es irrt nun aber der, der meint, das billigste und beste Futter für eine Kuh wäre Gras. Am günstigsten produziert nämlich z. B. derjenige Milch, der in Hafennähe billige Importfuttermittel kaufen kann und seine Kühe mit Mais füttert. Deshalb hat die »Vermaisung« in viehintensiven Gebieten schon viel eher eingesetzt. Zudem ist Mais mit sich selbst verträglich

und verträgt sehr viel Gülle. Bis jetzt jedenfalls.

Warum die gute, alte, wenn auch nicht so abwechslungsreiche Calenberger Fruchtfolge Zuckerrüben – Weizen – Weizen nun durch Mais aufgelockert wird, hat nicht zuletzt den Grund, dass die Mengenerzeugung in der EU so erfolgreich war, dass es zuviel Getreide, Milch und Zucker gab – auch mit der Folge, dass es selbst sehr große, rationalisierte Betriebe nicht mehr geschafft haben, für 100 kg Getreide noch einen Preis von 10 Euro zu erzielen. Das funktionierte nur noch mit Beihilfen.

Aus dieser Überschussituation heraus und aufgrund steigender Ölpreise und neuer technischer Entwicklungen (Biogasanlagen) war es auf einmal möglich, diese Überschüsse in Energie zu verwandeln. Dazu hat das Rot-Grüne Energieeinspeisegesetz allerdings überhaupt erst den Weg geebnet. Nun nehmen Bauern diese politischen Vorgaben auf und produzieren einfach das, was den größten Gewinn bringt. Deshalb gibt es hier in der Region jetzt so viel Mais oder in anderen Gegenden auf anderen Böden stattdessen Raps.

Natürlich gäbe es auch andere Möglichkeiten, Felder mit anderen Früchten zu bestellen, zum Beispiel mit Bohnen, Erbsen, Lupinen und anderen Leguminosen (Hülsenfrüchten), schon aus dem Grund, nicht so viel Sojaschrot importieren zu müssen. Das hätte allerdings zur Folge, dass das Wertesystem in dieser Gesellschaft sich dahingehend ändern müsste, dass gute, gesunde und nachhaltig erzeugte Lebensmittel auch ihren Preis haben dürfen!

Wie sich die Situation in der Agrarlandschaft weiterentwickeln wird, lässt sich nicht bestimmt vorhersagen: Es konkurrieren Lebensmittelhunger und Energiedurst um deutsche Äcker. Das ist mindestens so spannend wie eine EM, jedoch weitaus existenzieller!

*Mais für die Energieerzeugung bestimmen zunehmend das Bild der Landschaft.*



FOTO: BEICHLER



# Bar jeder Vernunft: Die Option auf eine Verlängerung der Berliner Straße

Die Verlängerung der Berliner Straße wurde im letzten Jahr mit der Rot-Grünen Mehrheit in der Regionsversammlung abgelehnt. Neben vielen Gründen, die gegen diesen nicht nachvollziehbaren Ausbau sprechen, standen vor allem zwei im Vor-

dergrund: 1. Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten und 2. eine Entlastung von Anwohnerinnen, Anwohnern und Straßen führt zu einer Belastung anderer Anwohnerinnen, Anwohnern und Straßen. Vielmehr sollte in das öffentliche Verkehrs-

wesen investiert werden. So ist auch die Position der Grünen Fraktion im Ronnenberger Stadtrat.

Somit stehen die von den Ronnenberger Fraktionen SPD, CDU (lediglich Torsten Jung stimmte lange Zeit mit den Grünen

gegen des Ausbau) und FDP erhofften

finanziellen Mittel zur Verlängerung nicht mehr zur Verfügung.

Damit ist das „Aus“ für die Verlängerung der Berliner Straße aber beileibe nicht eingeläutet worden.

Ein im Mai 2008 von der Verwaltung vorgelegter und von den Fraktionen der SPD, CDU (Hans-

Heinrich Hüper enthielt sich) und FDP gegen die grünen Stimmen verabschiedeter

Beschlussvorschlag sieht vor, dass im Rahmen eines Bebauungsplanes die Trasse gesichert werden soll, und zwar

als Gemeindestraße. Das heißt, dass die Stadt Ronnenberg die Verlängerung (übrigens 250-300 m)

finanzieren will. Dabei geht die Verwaltung von ca. 500.000 Euro inklusive Lärmschutzmaßnahmen

aus, wobei notwendiger Grunderwerb und Planungskosten noch nicht mitberechnet sind. Vielleicht

gibt es ja Fördermittel, aber sicher ist es nicht. Hinzu kommt, dass zwischen dem neuen Abschnitt,

neben dem die Gleise der Deutschen Bahn mit ihrem S-Bahn- und Güterverkehr liegen, und der

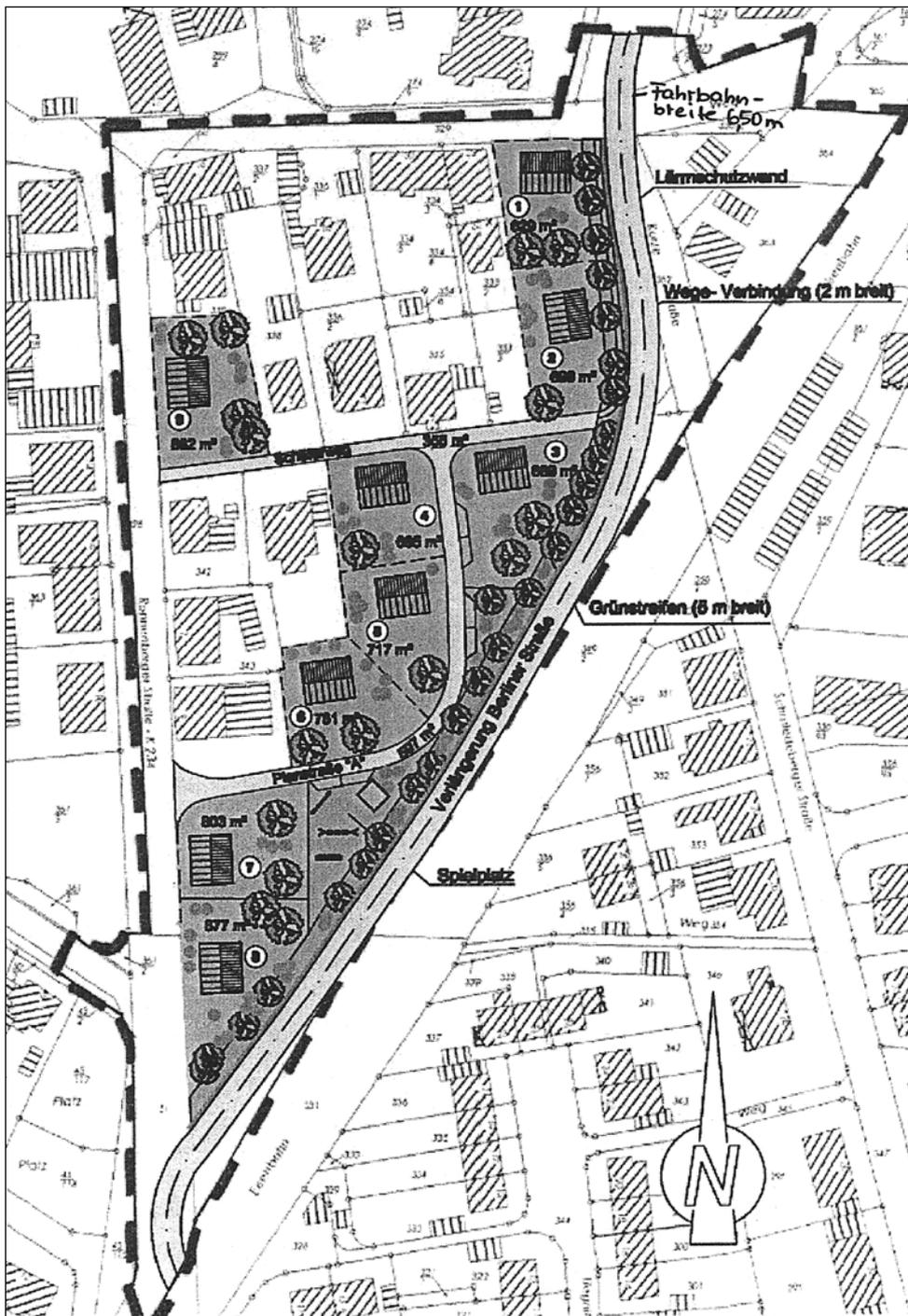
Ronnenberger Straße eine Bebauung vorgesehen ist. Selbst wenn dieses Baugebiet einen noch

besseren energetischen Standard als die Häuser am Wischacker haben sollten, so ist es unseres Erachtens

unverantwortlich, in dieser Lage eine Bebauung anzubieten. Und der Klimaschutz ist ein noch ganz

anderes Kapitel. Wir werden jedenfalls diesen Plänen weiterhin nicht zustimmen.

*Aus der Drucksache 51/2008 der Stadt Ronnenberg*





# Nachwachsende Rohstoffe – muss uns dieses Thema interessieren?

**Von Jürgen Pein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorstand Ortsverband Ronnenberg**

Es scheint doch alles klar zu sein! Die für die Energieerzeugung benötigten Pflanzen und Samen entziehen der Atmosphäre CO<sub>2</sub>, dieses Gas, das u. a. für die Erderwärmung verantwortlich ist. Wenn die daraus entstehenden Energieträger verbrannt werden, entstehe nur so viel CO<sub>2</sub>, wie vorher der Luft entzogen wurde – es sei also keine CO<sub>2</sub>-Emission sondern lediglich ein CO<sub>2</sub>-Kreislauf und damit unschädlich. Der Anbau dieser Pflanzen, die zur Treibstoff- und Gasproduktion benötigt werden, ist keine Utopie. Pflanzen wie Weizen, Raps oder Mais werden weltweit in zunehmendem Maße zum Zweck der Energieerzeugung angebaut – auch in der Bundesrepublik.

Wir alle sind in Sorge, dass in absehbarer Zukunft Erdöl, Erdgas und Kohlevorkommen erschöpft sind. Daher ist es verständlich, dass nach Alternativen im Bereich der Energieerzeugung gesucht wird. Atomkraftwerke sollen länger laufen, Kohlekraftwerke mit CO<sub>2</sub>-Ableitung ins Erdinnere werden entwickelt, Wind- und Solarenergieanlagen werden gefördert und zudem eben auch nachwachsende Rohstoffe zur Gas- und Treibstoffproduktion propagiert. Es scheint so, dass aus einer gewissen Angst, dass z. B. Russland den Gashahn zudrehen könnte, die Ener-

giefrage in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen rückt.

Ist die Teillösung »nachwachsende Rohstoffe« nun so unproblematisch, wie sie scheint?

Nachdem weltweit und somit auch in Deutschland entsprechende Industrieanlagen zur Erzeugung von Treibstoffen und Biogasanlagen zur Erzeugung von Gas in Betrieb genommen wurden, mehren sich warnende Stimmen aus naturwissenschaftlichen Anschauungsrichtungen und von allen Umweltschutzorganisationen vor dieser Entwicklung. Der zunehmende Anbau von Pflanzen für die Energieerzeugung entzieht der Landwirtschaft kostbare Flächen für die Nahrungsmittelproduktion. Die Produktion und Verarbeitung der Pflanzen erzeugt entgegen werbewirksamer Informationen von Interessenverbänden dieser Industrie teilweise mehr CO<sub>2</sub> und zusätzlich auch das viel umweltschädlichere Lachgas, so dass die gewünschte Wirkung, die Umwelt durch diese Verfahren zu schonen, nicht eintritt.

Der erforderliche erhöhte Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden belastet das Grundwasser.

Die Landschaft wird zur so genannten Kultursteppe, die Preise für Nahrungsmittel steigen und anderes mehr.

Es ist verwunderlich, dass solche Verfahren weltweit empfohlen und politisch gefördert werden, ohne die Folgen zu bedenken – oder zu berücksichtigen. Wir

alle sind in hohem Maße energieabhängig und es ist sicher sehr schwierig, Alternativen für Öl und Kohle zu finden. Trotzdem sollten m. E. Entwicklungen, die scheinbar perfekte Lösungen für dieses Problem versprechen, gründlich auf ihre Auswirkungen auf Ökologie und Gesellschaft geprüft werden.

Wie vielschichtig diese Entwicklung auf die anstehenden Probleme Erderwärmung, Welternährungssituation, Ökologie, Sozialstrukturen, Süßwasserreserven und andere Themenfelder einwirkt, können Sie im Rahmen einer **Ortsversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 25. September 2008 um 20:00 Uhr in der Werkstatt Roter Faden in Empelde** im Rahmen eines Vortrages von Jürgen Pein von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfahren.



*Nutzung von Biomasse und biogenen Abfallprodukten für die Produktion von Biogas.*



◀ *Weltweit stellt Biodiesel den am häufigsten verwendeten Biokraftstoff dar, wobei regional, vor allem in Brasilien, Bioethanol auf der Basis von Zuckerrohr oder Maisstärke überwiegen kann – mit fatalen Folgen für die dortige Landbevölkerung!*

▶ *Biodiesel wird in Europa vor allem aus Rapsöl hergestellt, international wird vor allem Palm- und Sojaöl verwendet.*





# Alles spricht gegen Atomkraft

**Bundestagsfraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

## Argumente und Antworten

### 1. Von Atom-Renaissance keine Spur

Atomkraft ist keine Schlüsseltechnologie, sondern im weltweiten Maßstab eine Marginalie. Die aktuell 439 Atomkraftwerke decken lediglich 2,5 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs.

Selbst in Deutschland bringen es die 17 AKW gerade einmal auf einen Anteil von 6 Prozent. National wie global wird die Bedeutung der Atomkraft künftig deutlich abnehmen. So werden bis 2015 weltweit rund 90 AKW altersbedingt vom Netz gehen, bis 2025 werden weitere 192 folgen.

Selbst wenn alle hochfliegenden Pläne zum Neubau von AKW realisiert würden, könnte nicht einmal die heutige Atomstromerzeugung gehalten werden. Angesichts dieser Perspektive kann die Atomkraft weder bei der globalen Energieversorgung noch bei der Eindämmung der Klimaänderung eine relevante Rolle spielen.

Umso skurriler erscheinen die Plan- spiele der Atom-Fetischisten. So schlägt die Internationale Energie Agentur (IEA) ernsthaft vor, die Zahl der AKW weltweit von heute 439 bis 2050 auf über 1.300 Atomkraftwerke aus Klimaschutzgründen zu verdreifachen – eine absurde Zahl.

Tatsächlich sind zurzeit nur 34 AKW weltweit in Bau, darunter allein zehn Bauruinen, die bereits vor mehr als 20 Jahren begonnen wurden.

### Uran geht zur Neige

Ohnehin würde ein massiver Ausbau der Atomkraft schon wegen der begrenzten Uranvorräte rasch an ökonomische und physische Grenzen stoßen. Im Zeitraum 2000 bis 2007 ist der Weltmarktpreis für Uranoxid von 15 auf 287 Euro pro Kilogramm gestiegen.

Die Energy-Watch-Group prognostiziert, dass es bereits in 10 bis 20 Jahren zu Engpässen auf dem Uranmarkt kommen kann. Einen Vorgeschmack auf die dadurch in Gang kommende Preisspirale vermittelte die Phase von Oktober 2006 bis April 2007, in der sich der Uranpreis verdoppelte. Eine zunehmende Verknappung des Urans wird selbst ohne Atom- Ausbau zu weiteren Preissprüngen führen. Ein vermeintlicher Ausweg wären Atomkraftwerke mit Brütertechnologie, die allerdings weltweit als zu gefährlich und nicht funktionierend bereits aufgegeben wurde. Schnelle Brüter würden große Mengen des hochgiftigen Plutoniums hinterlassen, das zudem kernwaffenfähig ist – eine Horrorvorstellung!

### 2. Wir brauchen den Atomstrom nicht

In Deutschland wird weit mehr Strom erzeugt als verbraucht. In den Jahren 2006 und 2007 erreichten die Stromexporte Rekordhöhen von netto 19 Milliarden Kilowattstunden (kWh). Und das, obwohl im Sommer 2007 sieben Atomkraftwerke wegen Störfällen, technischer Mängel oder Wartungsarbeiten gleichzeitig abgeschaltet waren. Der Einbruch der Strom- produktion durch AKW wurde durch die

erneuerbaren Energien vollständig kompensiert.

Der heiße Sommer 2006 im benachbarten Frankreich führte dazu, dass Atomreaktoren wegen Kühlwassermangels gedrosselt wurden und als Ausgleich Importstrom aus Deutschland bezogen werden musste.

Ohnehin leisten die erneuerbaren Energien mit rund 8 Prozent heute bereits einen höheren Beitrag zum Endenergieverbrauch als die Atomkraft mit ihren 6,2 Prozent. Angesichts der Ausbaugeschwindigkeit wird das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 30 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, sicher erreicht oder gar übertroffen werden. Wir haben in unserem Energiekonzept 2.0 aufgezeigt, dass sogar 43% erreicht werden können.

Ungeachtet dieser positiven Entwicklung warnt die von den vier Energiekonzernen und Bundeswirtschaftsminister Glos alimentierte Deutsche Energieagentur (dena) vor einer bevorstehenden Stromlücke in Deutschland. Mitte März 2008 kam die Agentur in einer Gefälligkeitsstudie für E.ON und RWE zu dem Ergebnis, dass wegen des Atomausstiegs und des überalterten Kraftwerkparks bereits ab 2012 Stromengpässe auftreten können. Bis 2020 könnten dann mindestens 11.700 Megawatt (MW) Kraftwerkskapazität fehlen. Die dena empfiehlt deshalb, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern und rasch neue Kohlekraftwerke zu bauen. Doch die Studie der dena steckt voller methodischen Schwächen, erklärbar nur dadurch, dass sie auf Biegen und Brechen eine Stromlücke herbeirechnen sollte. So liegt der Stromverbrauch zu hoch – Effizienzgewinne wurden mit nur 7 Prozent angesetzt, obwohl die Bundesregierung bis 2020 eine Verringerung um mindestens 11 Prozent erreichen will. Die Stromerzeugung wird dagegen mit allerlei Tricks künstlich klein gerechnet. So wird die Laufzeit bestehender Kohlekraftwerke mit nur 40 Jahren extrem kurz angesetzt, in Wahrheit bleiben die abgeschriebenen Anlagen mindestens 45 bis 50 Jahre am Netz. Schon damit wäre die vermeintliche »Stromlücke« fast vollständig ausgeglichen. Der Anteil ständig verfügbarer erneuerbarer Energien wird mit 5 Prozent

**Ronnenberg  
Kaffee**

**100 % Arabica**

250 g gemahlen oder als ganze Bohne in Bio-Qualität nach EU Öko-Verordnung, aus fairem Handel, exklusiv nur bei uns im Laden!

25 Jahre



**Ronnenberg  
Kirchtor 5**

**Sonnenblume – Laden für**

- > Dritte Welt,
- > Frieden und
- > Ökologie e.V.

#### Öffnungszeiten:

Montags bis Freitags von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr und 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr  
Mittwochs nur Vormittags



extrem niedrig eingestuft, ebenso wie der Beitrag von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zur Stromerzeugung. Das inzwischen gesetzlich verankerte 25 Prozent-Ziel der Bundesregierung beim KWK-Ausbau wird völlig ignoriert.

Durch ihre höchst unrealistischen Annahmen schaffte es die dena, den Strombedarf um rund 10.000 MW herauf- und ein Produktionspotenzial in der Größenordnung von 20.000 MW wegzurechnen. Unabhängige Berechnungen (z. B. von Matthes und Ziesing) zeigen dagegen, dass sich auch ohne Atomkraft niemand vor Stromausfällen zu ängstigen braucht. Das Umweltbundesamt hat für den Zeitraum bis 2020 errechnet, dass kein Engpass bei der Versorgung droht, wenn der Atomausstieg umgesetzt und der Bau neuer Kohlekraftwerke auf die bereits im Bau befindlichen Anlagen beschränkt wird.

Im Unterschied zur dena-Studie, die eine Lücke von über 11.000 MW ausgemacht hat, steht nach Berechnungen des Umweltbundesamtes sowie von Matthes und Ziesing im Jahr 2020 auch ohne Atomkraft eine Kraftwerksreserve von 6.000 bis 17.000 MW Leistung zur Verfügung.

## Atomkraft ist lebensgefährlich

### 3. Die Risiken steigen

Atomkraft ist heute nicht sicherer als früher. Im Gegenteil: Je älter die Reaktoren, desto höher die Sicherheitsrisiken. Es sind vor allem altersschwache Atommeiler wie Biblis A und B, Neckarwestheim oder Brunsbüttel, die auf den deutschen Störfalllisten ganz oben stehen. Biblis A und B mussten Ende 2006 für viele Monate stillgelegt werden, nachdem bei einer Überprüfung der Einbau unsicherer Dübel entdeckt worden war.

Das AKW Brunsbüttel stand nach einem Unfall und einer Panne beim Wiederaufstart seit Sommer 2007 still. Ganz nebenbei tauchte zudem ein Bericht über Mängel bei der Notstromversorgung für den Kühlkreislauf auf, der jahrelang in einer Schublade des zuständigen Landesministeriums schlummerte, ohne dass dies der Atomaufsicht des Bundes gemeldet worden wäre. Fazit: Deutsche Atomkraftwerke werden immer maroder.

Alle Reaktoren altern durch hochkomplexe Veränderungen in der atomaren Struktur metallischer Werkstoffe. Solche Vorgänge und ihre Folgen sind besonders

schwer vorzuberechnen und rechtzeitig zu entdecken, weil hohe Temperaturen, mechanische Belastung, eine chemisch aggressive Umgebung und das Neutronen-Dauerbombardement aus der Kernspaltung simultan auf entscheidende Bauteile wirken. Korrosion, Strahlenschäden, Rissbildung an der Oberfläche oder an Schweißnähten im Inneren zentraler Komponenten wie dem Reaktordruckbehälter sind in der Vergangenheit immer wieder aufgetreten. Schwere Unfälle blieben bisher aus, weil das Unheil rechtzeitig von Überwachungssystemen oder bei Sicherheitsüberprüfungen entdeckt wurde. Mehrfach waren solche Entdeckungen aber schlichter Zufall.

### Störfall reiht sich an Störfall

Für die behauptete »neue Sicherheit« von Atomkraftwerken gibt es keinen Beleg. Für das Gegenteil schon: Die Beinahe-Katastrophe in Forsmark vom Sommer 2006 hat noch einmal deutlich gemacht, wie anfällig diese Technologie wirklich ist. Ohne das beherzte Handeln eines Mitarbeiters, wäre es im Reaktor wohl zu einer Kernschmelze gekommen. Der Betreiber Vattenfall musste einräumen, dass die Sicherheitskultur in den letzten Jahren stark abgenommen hat. Das hätte auch in Deutschland fast zur Katastrophe geführt. So führte eine wahre Fehlerkaskade am 28.06.2006 zu einem Trafobrand im von Vattenfall betriebenen AKW Krümmel. Und fast gleichzeitig legten diverse Pannen das ebenfalls von Vattenfall betriebene AKW Brunsbüttel lahm. Die Öffentlichkeit wurde jeweils nur scheinbar informiert – der Konzern gab nicht mehr heraus als er zugeben musste. Dieses grobe Fehlverhalten scheint bei Vattenfall mehr die Regel als die Ausnahme zu sein.

Im Juni 2008 gab es den nächsten Atom-Zwischenfall, diesmal im slowenischen Krsko. Kühlwasser war aus dem Kreislauf getreten, normalerweise die erste Stufe zur Kernschmelze. Der Zwischenfall war so ernst, dass die EU-Kommission erstmals eine so genannte »Sofort-Meldung« herausgab. Offenbar rechnete die EU-Kommission mit dem Schlimmsten, denn die Meldung ist nur für den Fall vorgesehen, dass ein »schwerer Störfall« zu befürchten ist.

Ende Juni, Anfang Juli 2008 kam es binnen 72 Stunden in vier der acht spanischen AKW zu Störfällen, wenige Tage

später verstrahlten 30 Kubikmeter radioaktive Uranlösung aus dem französischen AKW Tricastin die Flüsse L'Auzon und La Gaffière.

### 4. Terrorangriff: Kein AKW wird standhalten

Seit dem Ausstiegsbeschluss hat sich die Welt wesentlich verändert. So stellte sich heraus, dass die für den Angriff auf das World-Trade-Center und das Pentagon vom 11. September 2001 verantwortlichen Terroristen ursprünglich auch das AKW Indian Point – 40 Meilen südlich von Manhattan – als Ziel erwogen hatten. Terror-Anschläge auf Atomkraftwerke sind damit inzwischen eine reale Gefahr.

Das räumte auch die Bundesregierung auf Anfrage der grünen Bundestagsfraktion ein: »Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden des Bundes zum islamisti-



### Kontakt zum Grünen Ortsverband:

#### Vorstand:

- › **Regina Lupp,**  
Telefon 0511 433164  
E-Mail: [regina.lupp@htp-tel.de](mailto:regina.lupp@htp-tel.de)
- › **Verena Kuhn,**  
Telefon 0511 466863  
E-Mail: [d.albrecht@htp-tel.de](mailto:d.albrecht@htp-tel.de)

#### Fraktion

- › **Dieter Albrecht,**  
Telefon 0511 466863  
E-Mail: [d.albrecht@htp-tel.de](mailto:d.albrecht@htp-tel.de)
- › **Andreas Beichler,**  
Telefon 0511 461130  
E-Mail: [a.beichler@arcor.de](mailto:a.beichler@arcor.de)
- › **Ruth Wenzel**  
Telefon 05108 6528  
E-Mail: [r.wenzel@comlink.org](mailto:r.wenzel@comlink.org)
- › **Lisa Maack**  
Telefon 05108 923559  
E-Mail: [LisaMaack@gmx.de](mailto:LisaMaack@gmx.de)

#### Internet:

[www.gruene-ronnenberg.de](http://www.gruene-ronnenberg.de)



schen Terrorismus ist seit den Anschlägen des 11. September 2001 davon auszugehen, dass Täter aus diesem Bereich nicht nur eine symbolische Wirkung ihrer Taten anstreben, sondern insbesondere versuchen, größtmögliche Personenschäden zu erzielen. Ein Anschlag auf kerntechnische Einrichtungen muss daher als mögliche Option angesehen und kann nicht völlig ausgeschlossen werden.«

Eine Antwort auf diese neue Terror-Gefahr bleibt die Atomwirtschaft jedoch schuldig. Die Idee, Atomkraftwerke im Gefahrenfall zu vernebeln, entpuppte sich selbst als Nebelkerze.

Das Verfahren wurde bis heute nicht einmal erprobt. Sicher ist dagegen, dass kein einziges Atomkraftwerk weltweit dem Absturz eines Verkehrsflugzeugs standhalten könnte. In Deutschland wären die Reaktoren Biblis A und B, Philippsburg und Brunsbüttel bereits durch den Absturz eines Kleinflugzeugs gefährdet, denn sie besitzen nicht einmal eine Schutzhülle.

Nicht auszudenken, was ein Unfall bzw. ein terroristischer Anschlag auf ein AKW bewirken würde: Die möglichen Auswirkungen hat das Öko-Institut im Jahr 2007 am Beispiel der Anlage Biblis A, dem gegenwärtig ältesten Kernkraftwerk in Deutschland, untersucht. Demnach ist die großflächige Zerstörung des Reaktor Gebäudes nicht sicher auszuschließen. In der Folge ist eine Kernschmelze mit frühzeitiger Freisetzung von großen Mengen Radioaktivität möglich. Durch einen solchen Terrorakt würden in einem Gebiet von 10.000 Quadratkilometern Katastrophenschutzmaßnahmen erforderlich.

Die gesundheitlichen Folgen würden vor allem in Spätschäden wie Krebserkrankungen bestehen. Die ökonomischen Schäden wären gigantisch, die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zerstört.

### **5. AKW erhöhen Leukämie-Risiko**

Eine vom Mainzer Kinderkrebsregister im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz durchgeführte Studie zeigt eine signifikante Erhöhung der Zahl an Leukämie erkrankten Kinder unter 5 Jahren im Umfeld von Atomkraftwerken. Die Studie wurde von einem 12-köpfigen Expertengremium aus atomfreundlichen und atomkritischen Wissenschaftlern einvernehmlich festgelegt, sie gilt als wis-

senschaftlich unangreifbar. Den ursächlichen Zusammenhang zwischen der von den AKW ausgehenden Strahlenbelastung und dem Auftreten der Leukämie zeigt die Studie zwar unmissverständlich auf, sie kann den Wirkungsmechanismus aber nicht erklären. Sie wurde deshalb auch kontrovers interpretiert.

Die Erhebungen in 41 Gemeinden im Umfeld von 16 Standorten mit 22 AKW zeigte, dass das Risiko für unter 5-jährige Kinder an einem Tumor oder an Leukämie zu erkranken, mit zunehmender Nähe des Wohnstandortes zu einem AKW statistisch signifikant ansteigt. Im Umkreis von 5 km um das AKW ist das Risiko um 120 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt.

### **6. Atomkraft ist die Vorstufe zur Bombe**

Atomenergie ist eine Risikotechnologie, mit der auch die Gefahr des militärischen Missbrauchs und des militärischen Wettrennens einhergeht. Atomkraft ist daher als Exportschlager für energiehungrige Länder mehr als zweifelhaft. Es droht immer auch die Gefahr der militärischen Nutzung!

Länder, die über die Fähigkeit zur Urananreicherung oder zur Wiederaufbereitung von Plutonium verfügen, sind grundsätzlich auch in der Lage, Atomwaffen herzustellen. Indien, Pakistan und Nordkorea haben es vorgemacht. Sie haben ihre Erfahrungen und ihr Know-How aus der vermeintlich zivilen Nutzung der Atomkraft genutzt, um »die Bombe« zu bauen, Pakistan sogar mit tätiger Mithilfe aus Deutschland (NUKEMSkandal).

Schätzungsweise 40 Staaten verfügen über die industriellen oder wissenschaftlichen Voraussetzungen, um in relativ kurzer Zeit Atomwaffen zu bauen. Dabei konnten und können sie auf die Kooperationsbereitschaft, Zulieferung und das Know-how der Atomenergistaaten zurückgreifen.

Viele Staaten, die zumindest zeitweise an Atomwaffenprogrammen gearbeitet haben oder im Besitz von Atomwaffen waren, haben bislang auf eigene Atomwaffen verzichtet. Es gibt jedoch keine Garantie, dass dies auch so bleibt. Es gibt auch kein wirksames Sanktionsregime, das dies verhindert. Je mehr Staaten und Personen über das Wissen und die Fähigkeit zur Herstellung von nuklearem Spaltmaterial verfügen, desto größer ist die Gefahr,

dass dieses Wissen außer Kontrolle gerät. Offensichtlich waren und sind viele Regierungen bislang nicht wirklich willens und in der Lage, privaten und verdeckt operierenden Netzwerken das Handwerk zu legen. Der Schmuggel oder Diebstahl von nuklearem Material bleibt daher eine ernstzunehmende Bedrohung.

Terroristische Gruppierungen könnten diese zum Bau von »schmutzigen Bomben« benutzen.

Auch die weltweit gelagerten großen Mengen waffenfähigen Plutoniums sowie mittel- und hoch angereicherten Urans schaffen neue Gefahrenpotenziale. In Forschungsreaktoren von 27 Staaten lagern bis zu 1.500 Kilogramm hochangereichertes Uran (HEU) und die Nuklearwaffenstaaten verfügen über schätzungsweise 500 Tonnen abgetrennten Plutoniums. Dies würde ausreichen, um mehr als 100.000 Atombomben der Hiroshima-Größe zu bauen. Zahlreiche Funde bzw. ungeklärte Verluste radioaktiven Materials legen nahe, dass auch diese Gefahr größer wird.

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass jetzt ausgerechnet Präsident Bush die Atomkraft als Lösung der Welt-Klimaprobleme preist, wo er den Irak-Krieg sowie Sanktionen gegen Nordkorea und Iran gerade wegen deren angeblicher oder tatsächlicher atomarer Aufrüstung angezettelt hat.

### **Atomkraft schützt das Klima nicht!**

### **7. Wirksamer Klimaschutz nur mit Atomausstieg**

Die These, dass Atomkraft eine »CO<sub>2</sub>-freie« und damit klimafreundliche Technologie sei, ist schlichtweg falsch. Das Öko-Institut hat in einer vergleichenden Ökobilanz verschiedene Stromerzeugungstechnologien hinsichtlich ihrer spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen berechnet. Demnach verursacht ein mit Uran aus Südafrika betriebenes AKW je erzeugter Kilowattstunde Atomstrom 126g CO<sub>2</sub> (weltweit schwanken die Schätzungen sehr stark von 1,4 g bis 288 g), hauptsächlich wegen des energieintensiven Uranabbaus. Eine Kilowattstunde Windstrom setzt dagegen nur 22g CO<sub>2</sub> frei. Und selbst moderne Gaskraftwerke mit Wärmeauskopplung schneiden mit 119g pro kWh besser ab als die deutschen AKW.



Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass Atomkraftwerke ausschließlich Strom erzeugen und somit zusätzlich den Betrieb oftmals CO<sub>2</sub>-trächtiger Heizungen erfordern. Werden diese wärmebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen mit berücksichtigt, ist der Klima-Mythos der Atomkraft vollends dahin. Dann schneidet fast jede Kraft-Wärme-Kopplungsanlage unter Klimagesichtspunkten besser ab.

Atomkraft trägt zur Weltenergieversorgung nur zu 2,5 Prozent bei. Selbst wenn sie gegenüber fossiler Technologie (z.B. Kohlekraftwerken) einen Klimaeffekt entfalten sollte, müssten über 1.000 neue AKW gebaut werden – eine absurde Vorstellung (s. Punkt 1 »Renaissance«).

Und: eine Laufzeitverlängerung mit den entsprechenden Gratisgewinnen für die Energiekonzerne würde dringend notwendige Investitionen in moderne Technologien, Netze und erneuerbare Energien verhindern und somit den Klimaschutz weiter vertagen.

## Atomkraft ist unbezahlbar teuer

### 8. Laufzeitverlängerung senkt die Preise nicht

Hartnäckig hält sich das Gerücht, dass Atomstrom die Energiepreise sinken ließe. Aber das ist eben nur ein Gerücht. Wahr ist lediglich, dass Atomstrom in alten, abgeschriebenen und mit Milliardensubventionen gepöppelten Atommeilern billig erzeugt werden kann, in Deutschland zurzeit für 1,7 Cent pro kWh. Doch der ach so billige Atomstrom hat die Verbraucher nicht davor geschützt, dass in den letzten acht Jahren die Strompreise um 50 Prozent gestiegen sind. Und er wird auch künftig die Preise nicht sinken lassen. Denn tatsächlich hängt der Strompreis maßgeblich von der Leipziger Energiebörse ab.

Und hier entscheidet nicht das billigste, sondern das teuerste Kraftwerk über den Preis. Atomstrom füllt daher lediglich die Kassen der Atomkonzerne, die pro Tag und Reaktor bis zu einer Million Euro Extragewinne an der Börse machen.

Daran würde auch eine Laufzeitverlängerung für alle AKW nichts ändern. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat errechnet, dass eine Verschiebung des Ausstiegs um 25 Jahre den Strompreis so gut wie nicht beeinflussen würde. Gerade einmal 0,50 Euro im Monat

würde ein Durchschnittshaushalt sparen. Das Öko-Institut kommt sogar auf eine Einsparung von nur 12 Cent pro Monat. Den AKW-Betreibern würde eine Laufzeitverlängerung dagegen jedes Jahr 8,2 bis 10,5 Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen spülen.

Schon der Austausch einer einzigen 60-Watt-Glühbirne durch eine Energiesparlampe entlastet einen Haushalt mehr als längere Laufzeiten für deutsche AKW.

### 9. Atomkraft ist unwirtschaftlich

Ins Reich der Legenden gehört auch die These, dass Atomkraft die Abhängigkeit von teuren Energieimporten verringere und so die Energiepreise senken könne. Atomkraft erzeugt ausschließlich Strom und ersetzt damit praktisch kein Öl und nur sehr wenig Erdgas. Dafür ist die Atomkraft selbst zu 100 Prozent vom Import von Uran abhängig. Energieunabhängigkeit ist so nicht zu erreichen, das geht nur mit erneuerbaren Energien.

Dazu kommt, dass Atomstrom keineswegs preiswert ist. Der Neubau von AKW erfordert eine Investition von 3.500 bis 5.000 Euro pro Kilowatt, das entspricht etwa dem fünffachen Preis eines modernen Gaskraftwerks. Nicht zuletzt deshalb ist die Atomtechnologie die einzige, die 50 Jahre nach der Markteinführung immer noch hoch subventioniert werden muss.

Selbst mit Staatsgeldern bleiben Atomanlagen aber eine hochriskante Investition, wie das Beispiel des finnischen EPR-Reaktors in Olkiluoto zeigt. Hier hat sich die Fertigstellung des Reaktors immer wieder verzögert und ist jetzt für 2011 vorgesehen. Dadurch entstehen Mehrkosten von mindestens 1,5 Milliarden Euro, allein 500 Millionen Euro muss wohl der Siemenskonzern übernehmen, für den das Atomprojekt zum echten Verlustbringer wird. Auch im französischen Flamanville, wo der gleiche Reaktortyp errichtet werden soll, gibt es nichts als Pannen und Pleiten. Ende Mai 2008 hat die Atomaufsicht den Weiterbau wegen technischer Probleme vorerst gestoppt.

### 10. Subventionen ohne Ende

Auch in Deutschland ist die Atomnutzung nur durch großzügige Staatsgelder in Gang gekommen. Errichtet wurden die meisten AKW in einer Zeit, als die Betreiber in staatlicher Hand waren und die Gegenfinanzierung über die Monopolstellung der

Energieunternehmen noch garantiert war. Zusätzlich gab es üppige Forschungsmittel aus staatlichen Töpfen und allerlei Privilegien für die AKW-Betreiber. Insgesamt belaufen sich die Subventionen für die deutsche Atomkraft in den vergangenen Jahrzehnten auf über 100 Milliarden Euro.

Vieles davon hat sich bis heute gehalten. So kann die Atomwirtschaft weiterhin frei über die Rücklagen für den Rückbau ausgedienter Atommeiler und die Endlagerung des Atomabfalls verfügen. Auf mittlerweile über 30 Milliarden Euro sind die Rücklagen inzwischen angewachsen, bis 2018 werden es wohl 43 Milliarden Euro sein. Das Geld ist freie Manövriermasse der Konzerne, mit der sie Zins- und Beteiligungserträge erwirtschaften – steuerfrei! Rückstellungen dürfen mit den Gewinnen verrechnet werden und lassen so die Steuerlast sinken. Wuppertal-Institut und Öko-Institut haben errechnet, dass dem Staat dadurch jährlich bis zu 800 Millionen Euro Steuereinnahmen entgehen.

Ein weiteres Beispiel für die Bevorzugung der Atomwirtschaft ist die unverhältnismäßige Begrenzung der Haftpflichtversicherung. Das Atomgesetz begrenzt die maximale Haftpflicht für einen Super-GAU auf 2,5 Milliarden Euro. Zusammen mit verschiedenen Risikofonds stehen in Deutschland insgesamt 4,7 Milliarden Euro für die Abwicklung von Atomunfällen zur Verfügung. Ein Super-GAU hätte aber ein Schadensvolumen von fünf Billionen Euro – 1000 Mal mehr als die Versicherungssumme. Für den theoretischen Fall, dass die Atomkonzerne die gesamte Schadenssumme versichern müssten, würde der Preis für Atomstrom auf bis zu astronomische 1,84 Euro pro kWh ansteigen.

### 11. Atomkraft gefährdet Arbeitsplätze

Arbeitsplätze sind kein Argument für die Atomkraft, denn sie gibt nur relativ wenigen Menschen einen Job. Derzeit arbeiten knapp 30.000 Menschen in diesem Bereich und das bei einem Anteil von rund 22 Prozent an der Stromerzeugung. Tendenz rapide fallend.

Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sind in Deutschland dagegen inzwischen über 230.000 Arbeitsplätze neu entstanden. Bis 2020 könnten es laut Bundesverband der Erneuerbaren Energien (BEE) sogar 500.000 Jobs werden.



Eine Laufzeitverlängerung für AKW würde Investitionen in den Zukunft weisenden Erneuerbaren-Energien-Branche massiv gefährden. Denn es entstünde ein Überschuss an Strom, der den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich bremsen würde.

## **Atomkraft erzeugt Atommüll ohne Ende**

### **12. Atommüll – Hypothek für kommende Generationen**

Hochradioaktiver Atommüll strahlt Millionen Jahre! Auch nach über 50 Jahren ziviler Nutzung der Atomenergie existiert weltweit kein Endlager für hochradioaktiven Müll. Und trotzdem wird weiter fortlaufend Atommüll produziert.

Allein in Deutschland haben wir es bereits heute mit 5.500 Tonnen hochradioaktiver und mit rund 110.000 m<sup>3</sup> schwach- und mittelradioaktiver Abfälle zu tun. Durch den Atomausstieg wird die Müllmenge auf rund 24.000 m<sup>3</sup> hochradioaktiven und 256.000 m<sup>3</sup> schwach- und mittelradioaktiven Atomabfalls begrenzt. Eine Laufzeitverlängerung würde die Atommüllmenge weiter anwachsen lassen. Schon eine Verschiebung des Ausstiegs um acht Jahre würde die Menge abgebrannter Brennelemente um 31 Prozent erhöhen.

Die Suche, Planung, Errichtung, Lagerung und der Verschluss eines Endlagers

in Deutschland sind Aufgaben, die von unserer Generation, die den Atomstrom konsumiert hat, gelöst werden müssen. Es besteht jedoch die Verpflichtung, nicht den erstbesten sondern den bestmöglichen Standort für die Endlagerung von radioaktivem Müll zu finden. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit!

Ein schlüssiges Endlagerkonzept gibt es jedoch derzeit in Deutschland nicht. Die umstrittenen Erkundungsarbeiten am Standort Gorleben (hochradioaktiver Atommüll) beruhen nicht auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik. Sie sind weder durch ein vergleichendes deutschlandweites Suchverfahren als bestmöglicher Standort ausgewählt worden, noch wurde die betroffene Bevölkerung adäquat in Entscheidungs- oder Planungsprozesse einbezogen.

Der Versuch der damaligen rot-grünen Bundesregierung, ein geordnetes Verfahren für eine Suche nach wissenschaftlichen Kriterien zu initiieren, wird durch die große Koalition boykottiert. Dabei liegt seit 2003 ein von allen Seiten anerkannter wissenschaftlich fundierter Abschlussbericht des »Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte« (AKEnd) vor, der Vorschläge für eine transparente und ergebnisoffene Suche mit größtmöglicher Beteiligung der Öffentlichkeit gemacht hat. Anstatt diesen Ansatz weiterzuverfolgen, verspielt die schwarz-rote

Bundesregierung die einmalige Chance, gemeinsam mit der Ländermehrheit ein fundiertes und ergebnisoffenes Endlager-Suchverfahren einzuleiten.

Das schlimme Scheitern der bisherigen Endlagerprojekte in Morsleben sowie des »Forschungsendlagers« Asse II zeigt auf fatale Weise, was geschehen kann, wenn man sich auf die Aussagen der Atombeurwörter verlässt, die suggerieren, es sei alles nicht so schlimm. Das Endlager Morsleben drohte lange Zeit einzustürzen. Und im Atomendlager Asse, in dem ca. 125.000 Fässer radioaktiver Müll lagern, tritt Wasser ein, das aus undichten Fässern radioaktiv verseucht wird. Niemand kann derzeit ausschließen, dass damit das Grundwasser kontaminiert wird. Die Tauglichkeit von Salzstöcken als Endlager steht damit erneut grundsätzlich in Frage.

Um bis 2030 den bestmöglichen Endlagerstandort zu haben, muss jetzt eine wirkliche Standortsuche initiiert werden, die:

- verursacherfinanziert sein muss;
- den bestmöglichen Standort in einem transparenten Verfahren ermitteln muss;
- sich am Verfahrensvorschlag des Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte orientieren muss;
- eine echte Bürgerbeteiligung gewährleisten muss.

# **Einladung zur Mitgliederversammlung des Regionsverbandes Hannover und zu den Wahlkreisverammlungen der Wahlkreise 42, 43, 44 und 48 am Samstag, den 20. September 2008 ab 13:15 Uhr im Kurt-Hirschfeld-Forum in Lehrte.**

**(Mit einem Vortrag von Christian Pfeiffer zu den Bereichen  
Jugendkriminalität, Kinderarmut und Medienkonsum)**